

Bundestagsabgeordneter für das Weserbergland.

Newsletter 20/2018

30. November 2018

Liebe Genossinnen und Genossen, liebe Freunde,

in dieser **Plenarwoche** haben wir wieder eine Vielzahl an Gesetzen beschlossen, die wir als SPD durchgesetzt haben. Eines dieser vielen wichtigen Gesetze möchte ich besonders hervorheben: Die Grundgesetzänderungen mit denen wir neue Kanäle für Investitionen öffnen, damit der Bund in den Ländern in Bereiche investieren kann, bei denen dringend benötigtes Geld fehlt: **Bei der digitalen Ausstattung von Schulen, bei der dauerhaften Finanzierung des sozialen Wohnungsbaus und beim Ausbau des umweltfreundlichen öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV).** Die geplanten Änderungen des Grundgesetzes sind ein wichtiger Beitrag, um die sozialen und regionalen Unterschiede in Deutschland abzubauen und damit für gleichwertige Lebensverhältnisse in ganz Deutschland zu sorgen.

Außerdem freue ich mich sehr, dass nun ein Kompromiss zum **Dokumentationsort Bückeberg** umgesetzt wird. Am Freitag wurde der Vorschlag vorgestellt, den Landrat Tjark Bartels und Uli Watermann mit den Verantwortlichen in Emmerthal ausgehandelt haben. Durch Veränderungen am Konzept bei den Zufahrtswegen für Besucher, durch einen etwas größeren Abstand der Infostelen zur Wohnbebauung und durch die Optimierung weiterer Infrastrukturmaßnahmen konnte nun ein Kompromiss gefunden werden, den auch die Emmerthaler CDU mittragen kann. Ein sehr gutes Zeichen, denn eine breite politische Unterstützung für dieses wichtige demokratiefördernde Projekt halte ich für ausgesprochen wichtig. Ich freue mich auf den Dokumentations- und Lernort Bückeberg.

Am Sonntag ereignete sich eine besorgniserregende **Eskalation des Konflikts zwischen der Ukraine und Russland.** Die russische Marine sperrte die Meerenge von Kertsch und kaperte drei ukrainische Schiffe im Eingang zum Assowschen Meer. In Reaktion darauf verhängte die Ukraine über Teile des Landes das Kriegsrecht. Wir fordern beide Seiten zur Deeskalation auf.

Einen Überblick über meine Aktivitäten in den vergangenen Tagen findet gibt es wie gewohnt auf den folgenden Seiten. Viel Spaß beim Lesen.

Euer



Terminauswahl

| 1. Dezember 2018 | 15:30—18:00 Uhr

Konzert des Polizeichors Hameln im Theater Hameln

| 7. Dezember 2018 | 19:00—21:30 Uhr

Gründungsversammlung SPD-OV Bad Münster-Deister-Süntel im Bildungs- und Tagungszentrum in Bad Münster

| 8. Dezember 2018 | 11:00—13:00 Uhr

Offizielle Einweihung der neuen Bahnstrecke in Einbeck

| 8. Dezember 2018 | 17:30—19:30 Uhr

Adventskonzert der Reservistenkameradschaft Holzminden in der St. Martin Kirche in Eschershausen



Inhaltsverzeichnis

Seite 2 — Abgeordnetenfrühstück in Schlarpe
— Pokalwettbewerb der Jugendwehr der Kreisfeuerwehr Holzminden

Seite 3 — Grünkohlessen der SPD Hameln-Nord
— 30 Jahre dt-fr. Gesellschaft Hameln

Seite 4 — Besuch der Ferkelzuchtanlage Aerzen

Seite 5 — Gespräch mit den Gesandten der vier Visegrad-Staaten

— Gemeinsame Sitzung der Auswärtigen Ausschüsse des Bundestages und des polnischen Sejm in Berlin

Seite 6 — Themenüberblick Bundestag

Seite 7 — Treffen der Weseranrainer mit dem Bremer Umweltsenator Dr. Lohse

Seite 8 — Pressemitteilung zur Übergabe von Unterschriften aus dem Weltladen

Seite 9 — Pressemitteilung zum Konflikt im Assowschen Meer

Ihr findet mich auch bei:



ABGEORDNETENFRÜHSTÜCK IN SCHLARPE



Einen tollen Start ins Wochenende hatte ich am vergangenen Sonnabend beim Abgeordnetenfrühstück in Schlarpe. Dort hatte

ich bei der Bundestagswahl im vergangenen Jahr ein besonders gutes Ergebnis erhalten und wollte die Dorfgemeinschaft

beim gemütlichen gemeinsamen Frühstück deshalb etwas besser kennenlernen. Ich freue mich sehr, dass so viele Bürgerinnen und Bürger meiner Einladung gefolgt sind. Ich habe wie immer ausführlich aus Berlin berichtet und habe viele Fragen beantwortet. Auch an dieser Stelle möchte ich mich noch einmal bei den Verantwortlichen der Dorfgemeinschaft bedanken. Bei der Vorbereitung wurden wir wieder toll unterstützt! Da ich viele positive Rückmeldungen zu dieser Art der Veranstaltung bekommen habe, werde ich auch im nächsten Jahr wieder an verschiedenen Orten im Wahlkreis zum Frühstück einladen.

POKALWETTBEWERB DER KREISJUGENDFEUER HOLZMINDEN

Am vergangenen Sonnabend besuchte ich die Kreisjugendfeuerwehr Holzminden. Die Ehrenamtlichen veranstalten im Turnus von zwei Jahren den Kreis-Pokalwettbewerb. Anlässlich des 25 jährigen Bestehens der Jugendfeuerwehr Eschershausen wurde der Kreispokalwettbewerb dieses Jahr von der Jugendfeuerwehr Eschershausen veranstaltet. Bei den Kreispokalwettbewerben im und



um das Wilhelm-Raabe-Schulzentrum Eschershausen traten zwei Dutzend Teams an. Bei den Wettkämpfen der Feuerwehrtechnik, aber auch bei den Spielen bei denen es um Spaß und Teamwork geht, konnte ich die Begeisterung der jungen Feuerwehrmädchen- und jungs hautnah erleben. Gemeinsam

mit meiner Kollegin Sabine Toppel waren wir mitten im großen Gewusel dabei. Ich bin immer wieder begeistert über die vielen Jugendlichen, die sich bei der Feuerwehr engagieren. Ohne die vielen Ehrenamtlichen wären sehr viele Projekte, Initiativen und das Vereinsleben nicht möglich. Herzlichen Dank!

GRÜNKOHLESSEN DER SPD HAMELN-NORD



Auch dieses Jahr war wieder volles Haus beim traditionellen Grünkohllessen der Abteilung Nord der SPD Hameln. Im Hohen Feld platzte das Gemeindezentrum aus allen Nähten. Ich habe

ausführlich aus Berlin berichtet und an den Tischen über die SPD, über Bundespolitik und ganz viele andere Themen diskutiert. Der Grünkohl war außerordentlich lecker und zu

seiner Überraschung bekam Kurt Kallabis zum 90. Geburtstag dann auch noch eine Flasche Wein überreicht. Er war begeistert und es war eine wunderbare Veranstaltung!

30. JUBILÄUM DER DEUTSCH-FRANZÖSISCHEN GESELLSCHAFT



Zum Abschluss des Sonntags in der letzten Woche gab es noch eine ganz besondere Veranstaltung: Das 30. Jubiläum der Deutsch-Französischen Gesellschaft Hameln (DFG). Rund 70 Mitglieder hat die DFG. Der große Jubiläumsabend im Haus an der Kirche in der Hamelner Altstadt zeigt, wie europäische

Integration laufen kann! Sehr gefreut habe ich mich übrigens auch über ein Wiedersehen mit dem ehemaligen Schulleiter des Viktoria-Luise-Gymnasiums Jürgen Schoormann und einiger ehemaliger Französisch-Lehrer wie Herrn Bruns und Herrn von Bültzingslöwen, die sich in der DFG engagieren.



BESUCH DER FERKELZUCHTANLAGE AERZEN



Die Abstimmung über die tierschutzrechtlichen Regelungen im Zusammenhang mit der Kastration von Ferkeln beschäftigt viele Menschen auch im Weserbergland. In dieser Woche haben wir eine Änderung des Tierschutzgesetzes beschlossen. Das Thema "Ferkelkastration" ist zugegebenermaßen kein Feld, in dem ich mich im Detail auskenne. Deswegen wollte ich mir vor Ort einen Eindruck verschaffen und konnte auf dem Ferkelhof von Frido Bisanz und Kim Geri-

cke in Aerzen ganz praktische Einblicke gewinnen. Ich bin dankbar, dass mir das Vertrauen geschenkt wurde einfach mal reinzuschauen, obwohl die politischen Diskussionen zu dem Thema doch teilweise sehr polarisieren. Ich wollte mir das Ganze mal ganz unvoreingenommen ansehen.

Zu der gestrigen Abstimmung über die tierschutzrechtlichen Regelungen im Zusammenhang mit der Kastration von Ferkeln habe ich erstmals davon Ge-

brauch gemacht, mein Abstimmungsverhalten mit einer persönlichen Erklärung nach §31 der Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages darzulegen. Ich erkläre darin, warum ich dem Gesetz zugestimmt habe. Die vollständige persönliche Erklärung findet Ihr auch auf meiner Homepage:

<https://www.johannes-schraps.de/2018/11/30/persoene-erklaerung/>

TREFFEN MIT DEN GESANDTEN DER VIER VISEGRAD-STAATEN



Am Donnerstag habe ich mich gemeinsam mit meinem Bundestagskollegen Christian Petry mit den vier Gesandten der Visegrád-Staaten zum Mittagessen getroffen. Mit Matus Bušovský (Slowakei),

Andras Izsak (Ungarn), Janusz Styczek (Polen) und Milan Čoupek (Tschechien) haben wir u.a. über Migration, die Energie- und Ostpolitik diskutiert. Wir dürfen uns nicht nur auf die Fragen fokussieren, bei denen wir

unterschiedlicher Auffassung sind. Wir brauchen intensiven Dialog auf allen Ebenen. Dabei helfen solche Treffen wie das heutige und verbessern das gegenseitige Verständnis.

Visegrad-Staaten:

Die Gruppe der **Visegrád-Staaten** besteht aus Polen, Tschechien, Slowakei und Ungarn. Sie besitzt keine formale Struktur, ist ein als „halboffizielles Binnenbündnis“ in der Europäischen Union und dass sich um den Austausch von Informationen sowie um die Koordination politischer Positionen bemüht..

GEMEINSAME SITZUNG DES AUSWÄRTIGEN AUSSCHUSSES MIT DEM POLNISCHEN PARLAMENT

Diese Woche fand eine besondere Sitzung des Auswärtigen Ausschusses statt. Zu Gast waren Mitglieder des polnischen Parlamentes (Sejm). Es ging vor allem um die Eskalation des Konflikts zwischen der Ukraine und Russland im Assowschen Meer.

Am Ende haben wir eine gemeinsame Erklärung abgegeben, in der wir beide Seiten zur Deeskalation aufrufen. Wir sind uns einig, dass die Handlungen Russlands dem internationalen Recht sowie den Verpflichtungen der russischen Regierung widerspre-

chen. Außerdem steigern sie die Spannungen zwischen Russland und der Ukraine. Zurückhaltung und Deeskalation sind jetzt das Gebot der Stunde. Wir erwarten von der Regierung der Russischen Föderation, dass sie unverzüglich die ukrainischen Schiffe und ihre Besatzungen freilässt, sowie die



Schiffahrtsfreiheit in der Straße von Kertsch und im Assowschen Meer sicherstellt.

THEMENÜBERBLICK AUS DEM DEUTSCHEN BUNDESTAG

Kooperationsverbots wird endlich gelockert

Das ist eine gute Lösung für die junge Generation in unserem Land. Wir haben durchgesetzt, dass die Bundesregierung in allen Kommunen in die Qualität und Ausstattung der Schulen investieren kann. Endlich können jetzt alle Schulen überall in Deutschland eine gute digitale Ausstattung bekommen. Das heißt: schnelles Internet, Tablets oder Schulungen des Personals werden möglich. Der „DigitalPakt Schule“ investiert mit insgesamt 5,5 Mrd. Euro in den nächsten fünf Jahren in die Digitalisierung der Schulen. Das sogenannte Kooperationsverbot ist damit gelockert. Das war eine wichtige Forderung der SPD, die nun umgesetzt wird.

Verlässlichkeit im sozialen Wohnungsbau

Das ist eine gute Lösung für die Mieterinnen und Mieter in Deutschland. Denn die SPD hat durchgesetzt, dass die Bundesregierung verlässlich in den sozialen Wohnungsbau investieren kann. Künftig kann der Bund den Ländern dauerhaft Mittel für den sozialen Wohnungsbau zur Verfügung stellen. Die bestehende Befristung bis 2020 wird im Grundgesetz gestrichen. Für das Jahr 2019 haben wir nochmals 500 Mio. Euro mehr als im Koalitionsvertrag festgelegt zur Verfügung. Insgesamt stehen in dieser Wahlperiode 5 Mrd. Euro für den sozialen Wohnungsbau zur Verfügung. Das wird die Lage auf dem Wohnungsmarkt in den kommenden Jahren hoffentlich

deutlich entspannen. Schutz für Mieterinnen und Mieter

Bezahlbarer Wohnraum für alle ist die soziale Frage unserer Zeit. Die Mieten stiegen deutschlandweit allein zwischen 2017 und 2018 um 5,4 Prozent. Zukünftig werden Vermieterinnen und Vermieter verpflichtet, Mietenden vor Abschluss des Mietvertrags unaufgefordert über die Höhe der Vormiete oder Modernisierungsmaßnahmen Auskunft zu erteilen. Mieterinnen und Mieter können damit zukünftig besser beurteilen, ob die geforderte Miete rechtmäßig ist. Das schafft mehr Transparenz. Sollte die Miete zu hoch sein, können Mieterinnen und Mieter besser dagegen vorgehen. Das Geschäftsmodell, über Modernisierungen extreme Mietpreissteigerungen durchzusetzen, wird durch das Gesetz beendet. Die Miete darf nur noch um max. 3 Euro pro Quadratmeter in sechs Jahren erhöht werden, bei Mieten unter 7 Euro pro Quadratmeter sogar nur um maximal 2 Euro. Das verhindert extreme Mietsteigerungen und lässt trotzdem noch Spielraum für sinnvolle Modernisierungen. Künftig dürfen anstatt wie bisher 11 Prozent nur noch jährlich 8 Prozent der Modernisierungskosten umgelegt werden. Diese Regelungen gelten bundesweit.

Verdreifachung der Mittel für den kommunalen Nahverkehr

Das ist eine gute Lösung für bessere Mobilität und Klimaschutz. Nun ist der Weg frei, dass die Bundesregierung auch im kom-

menden Jahrzehnt in den öffentlichen Nahverkehr auf kommunaler Ebene investieren kann. Die Mittel für das Bundesprogramm nach dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz werden entsprechend der Vereinbarung im Koalitionsvertrag von 333 Mio. Euro pro Jahr bis zum Ende der Wahlperiode auf 1 Mrd. Euro pro Jahr verdreifacht. Damit sorgen wir für bessere Mobilität in der Stadt und auf dem Land und bringen den Klimaschutz voran.

Das ist ein wichtiger Schritt für gleichwertigere Lebensverhältnisse und faire Chancen für alle Menschen in Deutschland, unabhängig von ihrem Wohnort. **Für eine leistungsstarke Pflegeversicherung**

In 2./3. Lesung haben wir in dieser Woche eine Anpassung des Beitragssatzes in der Pflegeversicherung beschlossen. Das Gesetz sieht ab 1. Januar 2019 eine Erhöhung um 0,5 Prozentpunkte vor. Grund für die Anpassung sind bereits umgesetzte und zukünftige Leistungsverbesserungen in der Pflege, z.B. für die Personalentwicklung und Entlastung pflegender Angehöriger.

Digitalisierung vorantreiben

Eine sichere, zuverlässige und zukunftsfähige digitale Infrastruktur ist eine wesentliche Voraussetzung für wirtschaftliches Wachstum, moderne Bildung und gesellschaftliche Teilhabe. Darum werden wir in dieser Legislaturperiode über 10 Mrd. Euro für die Förderung des Breitbandausbaus zur Verfügung zu stellen.

TREFFEN DER WESERANRAINER MIT DR. JOACHIM LOHSE



Am 3. Dezember 2018 trifft sich die Weserministerkonferenz in Hannover, um über das weitere Vorgehen im Hinblick auf die Situation der Weserversalzung zu sprechen. Unsere Gruppe der Weseranrainer hat sich mit Dr. Joachim Lohse, Bremer Umweltsenator und Vorsitzender der Weserministerkonferenz, in Berlin getroffen. Mit diesem Gespräch haben wir unseren Dialog rund um die Verbesserung der Wasserqualität der Weser fortgesetzt. Dr. Lohse sitzt noch bis Jahresende der Weserministerkonferenz vor. Die Weserministerkonferenz ist die Umweltmi-

nister-Runde aus den Bundesländern an der Weser.

Wir sind uns einig, dass eine Verbesserung der Weserqualität dringend notwendig ist. Eine Pipeline ist keine Option, weil sie das Problem lediglich verlagern würde. Wir sind der festen Überzeugung, dass es in einem hochinnovativen Land wie Deutschland möglich sein muss auch andere Wege beim Umgang mit den Abwässern zu finden. Über Forschung und Innovation sehen wir zudem die Möglichkeit alte Arbeitsplätze zu stärken und neue zu schaffen. Das Gespräch mit Herrn Dr.

Lohse hat erneut deutlich gemacht wie wichtig es ist, dass der Bund, die beteiligten Länder und die Kommunen gemeinsam mit K+S im Dialog sind und nach Lösungen für das Versalzungsproblem suchen. Dafür sind die im Maßnahmenprogramm Salz der Flussgebietsgemeinschaft Weser getroffenen, verbindlichen Vereinbarungen zur Reduzierung der Salzlast der Weser seitens des Unternehmens kontinuierlich umzusetzen. Wir werden uns weiter dafür einsetzen, dass die Einhaltung der europäischen Wasserrahmenrichtlinie sichergestellt wird.

Büro Hameln

Heiliggeiststraße 2
31785 Hameln
05151 107 33 99

Büro Holzminden

Obere Str. 44
37603 Holzminden
05531 5030

Büro Berlin

Platz der Republik 1
11011 Berlin
030 227 77295

johannes.schraps.wk@bundestag.de johannes.schraps@bundestag.de

V.i.s.d.P:

Berliner Büro, Johannes Schraps, Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Autoren: Heike Beckord, Alexandra Bruns, Philipp Klein, Dr. Irina Knyazeva, Jan-Eric Sauer, Eva Zimmermann

Pressemitteilung

Unterschriftenübergabe aus dem Weserbergland an die Menschenrechtsbeauftragte der Bundesregierung

Der SPD-Bundestagsabgeordnete aus dem Weserbergland Johannes Schraps übergab während der Sitzungswoche des Bundestages in Berlin eine Liste mit vielen Unterschriften aus dem Weserbergland an die Menschenrechtsbeauftragte der Bundesregierung Dr. Bärbel Kofler.

Die Unterschriften wurden im Rahmen der bundesweiten Kampagne „Menschen- und Arbeitsrechte weltweit verbindlich schützen!“ gesammelt, um für die Achtung der Menschen und Arbeitsrechte zu werben und darauf aufmerksam zu machen, dass es in vielen Ländern keine oder nur unzureichende Rechtsstandards gibt.

Schraps erklärt: „In unserer einen Welt müssen wir dafür sorgen, dass weltweit Standards gelten - zum Schutz der Menschenrechte genauso wie zum Schutz der Umwelt. Es ist ein ermutigendes Signal, dass so viele Bürgerinnen und Bürger aus dem Weserbergland dies ebenfalls für wichtig halten und mit ihrer Unterschrift unterstrichen haben. Ich habe die Unterschriftenliste, die mir vom Weltladen-Verein in Hameln übergeben wurde, gerne mit nach Berlin genommen und bedanke mich herzlich beim Weltladen und allen Beteiligten für die Aufmerksamkeit, die damit auf dieses wichtige Thema gelenkt wird. Auch weil die Wahrung von Menschen- und Arbeitsrechten sehr eng mit der Frage zusammenhängt, wie nachhaltig Konsum ist.“

„Globalisierung muss gerecht gestaltet werden. Die Schere zwischen armen und reichen Ländern darf nicht weiter auseinanderklaffen. Wir wollen für die Menschen in unseren Partnerländern gute Zukunftsperspektiven schaffen. Dafür sind Frieden und Sicherheit, gute Bildung, gute Gesundheitssysteme und gute Arbeit die Grundlagen“, macht Schraps deutlich.

Die SPD setzt sich mit aller Kraft für faire und gute Arbeitsbedingungen weltweit ein. Wir fordern, dass deutsche Unternehmen mehr Verantwortung dafür übernehmen, dass in ihren globalen Produktions- und Lieferketten die Menschenrechte eingehalten werden und menschenwürdige Arbeitsbedingungen herrschen. Dazu haben wir bereits im Dezember 2016 den ‚Nationalen Aktionsplan Wirtschaft und Menschenrechte‘ verabschiedet.



**Empfang der Unterschriften vom
Weltladen in Hameln**



**Dr. Bärbel Kofler (SPD), Menschenrechts-
beauftragte der Bundesregierung**

GESPRÄCH MIT DEM UKRAINISCHEN BOTSCHAFTER ANDRIJ MELNYK

Am Freitagmorgen habe ich mich gemeinsam mit dem Vorsitzenden des Europaausschusses Gunter Krichbaum von der CDU und der Kollegin Renata Alt von der FDP zu einem internen Gespräch mit dem ukrainischen Botschafter Andrij Melnyk getroffen. Er erläuterte uns noch einmal die aktuelle Situation im Asowschen Meer und in der Ukraine. Die Situation

ist sehr besorgniserregend und selbstverständlich habe ich als zuständiger Berichterstatter gemeinsam mit meinen beiden SPD-Kollegen Christian Petry und Metin Hakverdi darauf reagiert und eine Pressemitteilung herausgegeben. Darin rufen wir, genau wie Außenminister Heiko Maas, sowohl die Ukraine als auch Russland zur Deeskalation auf. Insbesondere die Tatsache, dass zeitgleich mit dem Aufbringen und dem Beschuss von drei ukrainischen Schiffen auch die Internetseite des ukrainischen Verteidigungsministeriums gehackt wurde und eine erhebliche Zahl „Bal“-Küstenverteidigungssysteme von der russischen



Armee auf der Krim in Richtung Meerenge von Kertsch verlegt wurden, ist sehr bedenklich. Es zeigt, dass der Aufruf zur Deeskalation bisher leider ohne Wirkung bleibt und Planung hinter den gesamten Vorkommnissen vermutet werden muss.



Pressemitteilung

Russland und die Ukraine müssen zurück an den Verhandlungstisch

Pressestatement von Johannes Schraps, Christian Petry und Metin Hakverdi zur aktuellen Lage auf dem Asowschen Meer.

Am Sonntag ereignete sich eine besorgniserregende Eskalation zwischen der Ukraine und Russland. Die russische Marine sperrte die Meerenge von Kertsch und kaperte drei ukrainische Schiffe im Eingang zum Asowschen Meer. In Reaktion darauf verhängte die Ukraine über Teile des Landes das Kriegsrecht. Wir fordern beide Seiten zur Deeskalation auf. Wir unterschütz unseren Außenminister Heiko Maas und fordern die russische Seite auf, die Blockade der Durchfahrt ins Asowsche Meer sofort aufzuheben und die ukrainischen Seeleute freizulassen.

„Das Asowsche Meer gilt nach einem bilateralen Vertrag als russischukrainisches Binnenmeer und steht demzufolge sowohl Handels- als auch militärischen Schiffen beider Länder offen. Die von Russland verhängte Seeblockade ist nicht akzeptabel und muss dringend aufgehoben werden. Die gefangenen Seeleute und die drei Schiffe müssen sofort freigegeben werden. Die Annexion der Krim und der Krieg in der Ostukraine dauern nun fast fünf Jahre. Mehr als 10.000 Ukrainer sind im Verlauf des Konflikts bis dato ums Leben gekommen. Die Ereignisse auf dem Asowschen Meer zeigen deutlich, dass es sich nicht um einen „Frozen Conflict“ handelt. Es handelt sich um einen Krieg, der jederzeit eskalieren kann. Wir fordern deshalb dringend diplomatische Anstrengungen für eine politische Lösung. Die russische und die ukrainische Seite müssen zurück an den Verhandlungstisch. Die Umsetzung des Minsker Abkommens muss intensiv vorangebracht werden.“